



BURMA

Aufruf zum Streik

Auf den ersten Blick scheint die Junta das südostasiatische Land nach den blutig niedergeschlagenen Aufständen vom September wieder fest im Griff zu haben. Doch es rumort weiter im Land der Pagoden. Buddhistische Mönche und Dissidenten zogen vergangene Woche durch Städte und Dörfer,

riefen Prominente an und forderten sie auf, bald wieder gegen die Militärs auf die Straße zu gehen. Auch die „Allianz der Mönche Burmas“, die im September in Pakokku gegründet worden war und die Proteste damals wesentlich vorangetrieben hatte, meldete sich aus dem Untergrund zu Wort. Sie ermahnte ihre Anhänger, sich nicht einschüchtern zu lassen und weiterhin keine Almosen von Angehörigen des Militärs, Beamten der Regierung und deren Familien anzunehmen. Gemäß dem buddhistischen Glauben kommt das einer Exkommunizierung gleich.

Mönchsproteste (im September)

klopfen im Schutz der Dämmerung an Haustüren und riefen ihre Mitbürger zum einwöchigen Generalstreik auf. Die Aktion hatte nach Augenzeugenberichten am Montag in den Vororten der ehemaligen Hauptstadt Rangun begonnen und sich bis Donnerstag bereits nach Mandalay und Pakokku ausgebreitet. Offenbar hatten die Regimekritiker ihr Vorgehen gut koordiniert. Neben Flugblättern verteilten sie auch CDs, auf denen bis dahin noch nicht bekanntes Material über das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die Mönche zu sehen ist.

Andere Mitglieder von Protestgruppen organisierten Telefonketten, riefen Prominente an und forderten sie auf, bald wieder gegen die Militärs auf die Straße zu gehen. Auch die „Allianz der Mönche Burmas“, die im September in Pakokku gegründet worden war und die Proteste damals wesentlich vorangetrieben hatte, meldete sich aus dem Untergrund zu Wort. Sie ermahnte ihre Anhänger, sich nicht einschüchtern zu lassen und weiterhin keine Almosen von Angehörigen des Militärs, Beamten der Regierung und deren Familien anzunehmen. Gemäß dem buddhistischen Glauben kommt das einer Exkommunizierung gleich.

AUSTRALIEN

Klima im Wandel

Vier Wochen ist die neue Labor-Regierung erst im Amt, doch Ministerpräsident Kevin Rudd lässt keinen Tag verstreichen, ohne mit der Politik seines



Rudd

konservativen Vorgängers aufzuräumen. Anfang Dezember kündigte Rudd den Abzug der 580 australischen Soldaten im Irak bis zum Juni 2008 an. Dann versprach er, sich bei den Ureinwohnern für Massaker und Misshandlungen aus der Siedlerzeit zu entschuldigen. Und auf der Uno-Klimakonferenz auf Bali

unterzeichnete Rudd mit seinem prominenten Umweltminister, dem früheren Sänger der Rockband Midnight Oil, Peter Garrett, medienwirksam das Kyoto-Protokoll – auch dagegen hatte sich Ex-Premier John Howard stets energisch gewehrt. Nun will Canberra sogar seine Asylpolitik überprüfen, die im internationalen Vergleich besonders restriktiv ist. Die „pazifische Lösung“, wonach illegale Einwanderer auf entfernte Pazifikinseln verschifft wurden, soll bald der Vergangenheit angehören: Sie ist kostspielig, ineffizient und inhuman. Als Nächstes könnte



Garrett

Rudd, einst ein Karrierediplomat, der fließend Chinesisch spricht, auch die bisherigen Leitlinien in der Außenwirtschaftspolitik korrigieren: Anders als der erklärte Bush-Freund Howard sucht der neue Premier mehr Abstand zu Amerika – und mehr Nähe zu China.

PERU

Kokain statt Revolution

Die maoistische Terrortruppe Leuchtender Pfad hat der Revolution abgeschworen – und sich mit der Kokainmafia im peruanischen Urwald zusammengetan. In den vergangenen Monaten verübten die Guerilleros mehrere Anschläge auf Polizeiposten in den Tälern der Flüsse Apurímac und Ene östlich der Anden, einem wichtigen Anbaubereich für Koka. Die Kämpfer verfügen nach Aussagen von Dorfbewohnern über moderne Waffen. Von ihrem Anführer Abimael Gúzman, der in einer Marinebasis bei Lima inhaftiert ist, sollen sie sich losgesagt haben; sie handeln als „bewaffneter Arm“ der Drogenmafia. Experten fürchten, dass der Leuchtende Pfad in Allianz mit den Kokainhändlern ganze Landstriche unter seine Kontrolle bringen könnte.



Maoistische Kämpfer (1984)